

Antrag 158/II/2019
KDV Mitte + KDV Friedrichshain-Kreuzberg
Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Erledigt durch tätiges Handeln (Konsens)

Staatliche Handlungsfähigkeit sichern und Spielräume für Zukunftsinvestitionen erhalten

1 **Für eine nachhaltige Umsetzung der Bundesschulden-**
2 **bremse in das Berliner Landesrecht!**

3

4 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Ab-
5 geordnetenhauses von Berlin und des Berliner Senats auf,
6 die Schuldenbremse landesrechtlich so auszugestalten,
7 dass sie eine möglichst antizyklische Finanzpolitik so-
8 wie Zukunftsinvestitionen ermöglicht. Dazu gehören In-
9 vestitionen in die jahrelang vernachlässigte Infrastruktur
10 des Landes Berlin, wie es angesichts einer wachsenden
11 Einwohner*innenzahl erforderlich ist. Vorhandene Hand-
12 lungsspielräume sind voll auszuschöpfen, um das Investi-
13 tionsniveau soweit es geht zu erhöhen. Insbesondere sind
14 kreditfinanzierte Investitionen, die durch Extrahaushalte
15 getätigt werden, aus der landesrechtlichen Regelung aus-
16 zunehmen.

17

18 **Begründung**

19 Eine nachhaltige Finanzpolitik gehört zur Kernverantwor-
20 tung sozialdemokratischer Politik und zielt darauf ab, die
21 öffentlichen Haushalte zukünftigen Generationen geord-
22 net übergeben und ihnen dadurch finanziellen Hand-
23 lungsspielraum sichern zu können. An dieser Verantwor-
24 tung vergeht sich gleichermaßen, wer unbesehen öffent-
25 liche Gelder ohne Nutzen für das Allgemeinwohl ausgibt
26 oder nachhaltige Finanzierung ausgibt oder aber die not-
27 wendigen Zukunftsinvestitionen unterlässt.

28

29 Diesen Anforderungen nachhaltigen Wirtschaftens wird
30 die seit dem Jahr 2009 im Grundgesetz verankerte Schul-
31 denbremse nicht gerecht. Die für die Bundesländer mit
32 einer strukturellen Neuverschuldung von Null implizierte
33 langfristige Schuldenstandsquote von 0% des BIP ist öko-
34 nomisch nicht zu rechtfertigen und – insbesondere da die
35 Schuldenbremse den Stellenwert öffentlicher Investitio-
36 nen verkennt – Ausdruck einer Austeritätsideologie, de-
37 ren verheerende Folgen gerade in Berlin mit seinem im-
38 mensen Investitionsstau im Bereich der öffentlichen In-
39 frastruktur täglich spürbar sind. Nicht zuletzt ignoriert die
40 Schuldenbremse die vom Sachverständigenrat bei der Ein-
41 führung der Schuldenbremse geforderte „Goldene Regel“,
42 wonach öffentliche (Netto-)Investitionen, die den öffentli-
43 chen Kapitalstock erhöhen und langfristig zu höherer Pro-
44 duktivität führen, aus Gründen der Generationengerech-
45 tigkeit durch Kredite finanziert werden sollten.

46

47 Diese politische Kritik an der Schuldenbremse ändert
48 nichts daran, dass die einschlägigen Regeln im Grundge-

49 setz ab dem Jahr 2020 auch für die Bundesländer verbind-
50 lich werden. Für sie gilt die strenge Regelung, dass die
51 Haushalte grundsätzlich ausgeglichen sein müssen und
52 anders als beim Bund keine strukturelle Verschuldung zu-
53 lässig ist. Im Rahmen von Art. 109 Grundgesetz ist jedoch
54 vorgesehen, dass Länder im Rahmen ihrer eigenen Kom-
55 petenzen die Berücksichtigung der Konjunkturlage und
56 Ausnahmen für Notsituationen regeln können. Die Um-
57 setzung der Schuldenbremse ins Landesrecht ist somit er-
58 forderlich, um von der grundsätzlichen Möglichkeit, ei-
59 ner Neuverschuldung unter bestimmten Voraussetzun-
60 gen Gebrauch zu machen. Dass der Senat sich dieser Auf-
61 gabe zügig annimmt, ist daher zu begrüßen.

62

63 Bei der skizzierten Umsetzung der Schuldenbremse in
64 Landesrecht ist allerdings sicherzustellen, dass die dem
65 Land Berlin durch das Grundgesetz eröffneten Gestal-
66 tungsspielräume so genutzt werden, dass sie sinnvolle
67 Finanzpolitik ermöglichen. Dies bedeutet insbesondere,
68 dass sog. Extrahaushalte – wie es das Grundgesetz den
69 Ländern erlaubt – nicht für die Berechnung des Landes-
70 defizits herangezogen werden. Als sehr stark wachsende
71 Stadt braucht Berlin Möglichkeiten für kreditfinanzierte
72 Investitionen in Infrastruktur und Wohnen, die z.T. sinn-
73 voll über Extrahaushalte umgesetzt werden können.